

Kommentar

Bitte das Licht anlassen!

Gut zehn Jahre nach der großen Abwanderungswelle aus Ostdeutschland kurz nach dem Fall der Mauer sorgt das Thema Abwanderung wieder für Schlagzeilen. Dabei verdichten sich in der aktuellen Wahrnehmung höchst verschiedene Fakten zu einer kaum mehr zu bändigenden Schreckensthese: Eine unübersehbare Zahl leerstehender Wohnungen, Schulen und Kindergärten, die mangels Nachwuchs geschlossen werden müssen, dramatische Bevölkerungsverluste der Kernstädte. Der Osten blute aus, heißt es, und aufgrund der schwachen ostdeutschen Wirtschaft wanderten die Besten ab in den Westen. Mit ihnen schwinde die Kaufkraft, auf die der Osten so dringend angewiesen ist, ein Prozess, der sich auch noch selbst verstärkt. Manch einem fällt da ein geflügeltes Wort aus DDR-Zeiten wieder ein, die Mahnung nämlich, der Letzte, der das Land verlässt, möge bitte das Licht ausmachen. Die Schlussfolgerungen liegen scheinbar auf der Hand: der Osten gehe seinem Niedergang entgegen, wenn es nicht bald gelänge, der Wirtschaft durch neue Finanzspritzen zum Durchbruch zu verhelfen.

Bei Licht besehen, wirken die angeführten Fakten jedoch eher brüchig. Der Wohnungsleerstand hat kaum etwas mit Abwanderung zu tun, dafür aber sehr viel mit dem Umstand, dass seit der Wende Hunderttausende von Wohnungen mit Hilfe öffentlicher Fördergelder neu errichtet wurden, die alten Wohnraum substituieren. Die Zahl der seit 1990 fertiggestellten Wohnungen entspricht zu etwa 90% dem heutigen Leerstand.

Die aktuelle Schließung von Schulen und Kindergärten ist auf den gewaltigen Geburteneinbruch zu Beginn der 90er Jahre zurückzuführen. Der aber hat weniger mit der Abwanderung zu tun als vielmehr mit einer radikalen Änderung des Geburtenverhaltens von Frauen. Mit der Reprivatisierung der Kindererziehung hat sich das Geburtenverhalten fast über Nacht den Mustern angeglichen, die aus allen westlichen Industrieländern bekannt sind: die Zahl der Kinder pro Familie geht zurück und das Erstgebäralter der Frauen steigt an. Da sich diese Verhaltensänderung aber nur bei den Frauen vollziehen konnte, die zu Beginn der 90er Jahre noch keine Kinder hatten, machte sich dies zunächst nur bei den damals jungen Frauen bemerkbar. Diese bekamen plötzlich nicht mehr – wie noch zu DDR-Zeiten – mit Anfang 20 ihre Kinder, sondern schoben ihre Kinderwünsche auf. Inzwischen steigt die Zahl der Geburten wieder an, weil diese Frauengenerationen nun das typische Erstgebäralter nach dem neuen Verhaltensmuster erreichen.

Auch die Bevölkerungsverluste der Kernstädte entpuppen sich bei näherem Hinsehen im Wesentlichen als Wanderungsverluste an das Kernstadtumland. Insbesondere junge Familien entscheiden sich auf der Suche nach kostengünstigem Wohnraum für ein Haus im Grünen, in Pendeldistanz zu den Arbeitsplätzen in der Stadt. Dieser Suburbanisierungsprozess vollzieht sich in Westdeutschland schon seit Jahrzehnten und ist Ausdruck für die Möglichkeiten wachsender Mobilität. In den neuen Ländern hat sich dieser Prozess, der zu DDR-Zeiten noch administrativ unterbunden wurde, nach der Wende in einer Art beschleunigtem Nachholen Bahn gebrochen.

Was bleibt von der Behauptung, der Osten blute aus, ist die Tatsache, dass der Wanderungssaldo der neuen Länder 1998 und 1999 erstmals wieder leicht negativ war, nachdem es in den sechs Jahren davor in durchgehender Folge eine beachtliche Nettozuwanderung gegeben hatte. Zwar ist die Zahl der Abwanderungen mit zuletzt 260 000 Menschen pro Jahr keineswegs gering. Es wird aber oft übersehen, dass im gleichen Zeitraum mit 242 000 eine kaum minder große Zahl von Menschen in die neuen Bundesländer zugezogen ist.

Abgesehen davon, wer wollte es jungen Ostdeutschen verübeln, wenn sie zu Ausbildungszwecken in einen Betrieb in die alten Bundesländer gehen? Selbst wenn nur ein Teil von ihnen zurückkehrt, um die erworbenen Fähigkeiten hier an den Mann zu bringen, ist der Region damit wahrscheinlich mehr gedient als wenn sie sich in ihrer Heimat in einem der zahlreichen überbetrieblichen Ausbildungszentren womöglich in einem Beruf ohne Zukunft ausbilden lassen. Von daher ist es auch zu begrüßen, wenn ostdeutsche Arbeitsämter dazu übergehen, Auszubildenden Mobilitätsbeihilfen zu gewähren, selbst wenn die Ausbildung im Westen stattfindet.

Festzuhalten bleibt: Die Nettoabwanderung aus Ostdeutschland ist weitaus weniger dramatisch als es manchem in der augenblicklichen Situation erscheinen mag. Sie ist auch nicht unumkehrbar. Es macht aber wenig Sinn, junge Menschen um jeden Preis an die Region binden zu wollen, in der vagen Hoffnung, dass ihr Wissen dereinst gebraucht werden könnte. Wissen, das nicht genutzt wird, ist nur schwer zu konservieren und somit für Ost und West gleichermaßen verloren.

Hilmar Schneider (his@iwH-halle.de)